

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 43 (1963-1964)
Heft: 5

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

WERBEN UM DEUTSCHLAND

Um die Jahresmitte suchten innert zehn Tagen die Führer der beiden Weltmächte USA und Sowjetunion, Kennedy und Chruschtschew, aber auch der Staatschef der europäischen Kontinentalmacht Frankreich, Präsident de Gaulle, Deutschland auf. Das Land, das nach der totalen Niederlage vor bald zwei Jahrzehnten mit dem Wiederaufbau begann, sich aber kein Abseitsstehen leisten konnte, sondern bald wieder in die weltpolitische Auseinandersetzung verflochten wurde, ist von Ost und West umworben. Das gilt vor allem für die Bundesrepublik Deutschland, die innerhalb der freien Welt, dank ihrer wirtschaftlichen und militärischen Wiedererstarkung, ein beträchtliches Gewicht gewonnen hat, das angesichts der Komplikationen innerhalb des westlichen Lagers noch bedeutender geworden ist. Chruschtschew, der sich zum 70. Geburtstag seines ostdeutschen Satrapen Ulbricht, eines Werkzeugs aus stalinistischen Zeiten, in Ostberlin eingefunden hatte, ging es nicht nur um einen Gegenzug zu Kennedys Reise; er arrangierte auch vor den ideologischen Gesprächen mit den Abgesandten Maos in Moskau ein Treffen mit Partei- und Staatsführern aus den Satellitenländern. Chruschtschew droht immer mehr ein Kampf an zwei Fronten gegen die westlichen «Imperialisten» und die intransigenten «Dogmatiker» in China.

Erfolg für Kennedy

Kennedys Europareise, von der ihm Kritiker bis zur letzten Stunde als einem unzeitigen, riskanten Unternehmen abgeraten hatten, fand in der Bundesrepublik ihren Höhepunkt.

Die Reise war ursprünglich als Gegenaktion auf de Gaulles Veto gegen einen Beitritt Großbritanniens zur EWG geplant gewesen. In der Bundesrepublik ging es dem amerikanischen Präsidenten zudem darum, den Triumph von General de Gaulles Deutschlandbesuch vom letzten Jahre zu erreichen, ja zu übertreffen. Die Werbeaktion größten Stils gelang denn auch. Arbeitskonferenzen mit deutschen Politikern traten hinter den öffentlichen Ansprachen und Rundfahrten, dem Kontakt mit der deutschen Bevölkerung überhaupt, zurück. Der knappe Tagesaufenthalt in *Westberlin* stellte den dramatischen Kulminationspunkt dar. Der amerikanische Staatsmann, der kurz zuvor in der Bundesrepublik die Notwendigkeit von Arrangements mit dem Ostblock vertreten hatte, verwandelte sich in einen engagierten Westberliner und verfocht eine kämpferische Abwehr gegen den Druck des Ostens. «Es gibt Leute in Berlin und in anderen Teilen der Welt, die behaupten, man könne mit den Kommunisten zusammenarbeiten — laßt sie nach Berlin kommen!» Diese Worte fielen vor dem Rathaus Schöneberg, wo die Westberliner dem amerikanischen Gast jubelnden Beifall spendeten.

Nach der Abreise Kennedys begann dann das Fragen nach dem wirklichen Kennedy. Hatte er unter dem Eindruck der Reiseerlebnisse seinen Standpunkt geändert? Hatte sich der bewegliche, mit Massen erfahrene Politiker einfach der wechselnden Atmosphäre angepaßt? Nachträglich wurde Kennedy von deutschen Politikern gegen Kennedy zitiert, und Willy Brandt unternahm Interpretationen, die gegen Bundeskanzler Adenauer gerichtet waren. Doch die divergierenden Aussagen lassen sich im Rahmen

einer entschiedenen Selbstbehauptung des Westens durchaus vereinigen. Es handelte sich nicht um einen Rückfall in den kalten Krieg, den Ulbricht ja führt. Der Wille, ohne Preisgabe von Positionen einen annehmbaren Ausgleich zu suchen, verbindet sich mit der Abwehr offensiver Versuche, der Erneuerung alter Garantien und Verpflichtungen, die exponierte Stadt vor Übergriffen zu schützen, und mit der Aufmunterung loyaler Verbündeter.

De Gaulle und die atlantische Partnerschaft

Der bewegte *Aufruf zur atlantischen Partnerschaft* dominierte die Europareise Kennedys. Die USA stellen das Schicksal der eigenen Städte aufs Spiel, um die deutschen Städte zu verteidigen, rief er in der Paulskirche in Frankfurt am Main aus. Das war, ohne daß der Name genannt wurde, eine Antwort an Präsident de Gaulle, der trotz der Präsenz amerikanischer Truppen seine starken Zweifel am amerikanischen Verteidigungswillen in Europa hat. De Gaulles *Gespräche in Bonn*, wohin er kurz nach Kennedy mit seinen wichtigsten Ministern reiste, gerieten in den Schatten des amerikanischen Besuchs. Es war das erste Arbeitstreffen in der Reihe der Konsultationen, die der deutsch-französische Vertrag vorsieht. Die Ergebnisse waren bescheiden; eine Reihe umstrittener Punkte, wie die Agrarprobleme, wurden für ein späteres Treffen aufgehoben. Frankreich steht noch immer abseits der atlantischen Bestrebungen, in durch den Präsidenten gewählter Selbstisolierung, obwohl Umgangsformen und Verhandlungsweise im Augenblick milder und verbindlicher geworden sind.

Viel wird für das deutsch-französische Verhältnis davon abhängen, wie weit sich de Gaulle und der kommende Bundeskanzler Erhard verständigen werden. Nach dem Kennedybesuch neigen sich die führenden Kreise in Bonn wieder mehr den USA zu. So die Sozialdemokraten, die Freien Demokraten — der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Scheel, legte allerdings am FDP-Parteitag in München ein stark beachtetes Votum für die Nuklearstrategie Frank-

reichs ab — und auch Teile der CDU, an ihrer Spitze wohl Erhard. In den Reihen der bayerischen CSU etwa sind freilich die Befürworter einer engeren Zusammenarbeit mit Frankreich noch immer sehr stark. Die europäisch-atlantische Zusammenarbeit unter den westlichen Alliierten, die früher so geradlinig und ohne heikle Klippen und Alternativen war, hat sich immer mehr aufgefasert und wird für Bonn immer schwieriger, weil die beiden Hauptverbündeten USA und Frankreich auf verschiedenen Gebieten unterschiedliche, ja gegensätzliche Konzeptionen entwickelt haben.

Von Johannes XXIII. zu Paul VI.

Kennedy, der erste katholische Präsident der USA, hatte einen Besuch bei Johannes XXIII. geplant. Er wurde im Vatikan aber zwei Tage nach der Krönung vom Nachfolger, Paul VI., empfangen. Der Papst, der das Zweite Vatikanische Konzil einberufen hatte und sich durch seine Güte und Aufgeschlossenheit in den fünf Jahren seines Pontifikats über die Katholische Kirche hinaus die Zuneigung und Verehrung der Menschen guten Willens erworben hatte, war mitten aus seinen großen Plänen heraus gestorben. Er hatte durch seine Initiativen in das unter Pius XII. streng geführte, ja zum Teil erstarrte Leben der Kirche neue Impulse und geistige wie geistliche Bewegung gebracht, die im Konzil ihren Höhepunkt fand. Die Enzyklika «*Pacem in terris*», die letzten April verkündet wurde, hatte nochmals nachdrücklich Johannes' XXIII. Eintreten für eine weltweite Versöhnung bewiesen. Daß das kommunistische Lager aus der Friedensencyklika, in der die Seelsorge im Vordergrund stand, politisches Kapital zu schlagen wußte, löste selbst unter Katholiken Beunruhigung über den weitgespannten Versöhnungswillen aus; aber der geistliche Oberhirte nahm politische Risiken in Kauf.

Der neue Papst, der wie sein Vorgänger dank dem Konzil dem Weltpiskopat persönlich vertraut ist, stand unter Pius XII. an der Spitze des Staatssekretariats. Er kennt wie wenige Struktur und Organisation des

Kirchenstaates. Wie Johannes XXIII. aber verlangte er nach seelsorgerischer Tätigkeit und leitete in Mailand die größte Diözese Italiens. *Mario Galli* weist in der katholischen Zeitschrift «Orientierung» (Nr. 12, 27. Jg., S. 137ff.) darauf hin, daß der neue Papst ohne Ausnahme alle Initiativen seines Vorgängers sofort zu den seinen gemacht habe; er deutet aber anhand eines Zitats einen wichtigen Unterschied an: «Allein aus diesem Satz kann man ersehen, daß Paul VI. dem Konzil eine deutlichere und straffere Führung geben wird, als dies Johannes in der ersten Periode tat. Wie sie im einzelnen aussehen wird, kann jetzt noch nicht gesagt werden. Wünschbar ist sie ohne Zweifel. Insofern also ist eine Umstellung vom Papst des Herzens auf den der Klugheit, vom Papst der Spontaneität auf den der umsichtigen Reflexion gewiß gut.» Trotzdem sieht Galli in dem neuen Pontifex einen Mann des Gesprächs, der den Dialog über die Grenzen der Katholischen Kirche hinaus weiter führen und vertiefen werde und so zu ökumenischen Hoffnungen berechtige.

Spionageaffären in der westlichen Welt

Der Skandal um den britischen Armeeminister *Profumo*, der wegen seiner Beziehungen zu einem Callgirl, das gleichzeitig mit einem sowjetischen Marineattaché Umgang pflegte, Amt und politische Karriere verspielte, hat der konservativen Regierung Macmillan einen schweren Schlag versetzt. Beobachter rechnen allgemein damit, daß in den nächsten Wahlen die Konservativen durch die Labourpartei unter Führung Harold Wilsons abgelöst werden. Macmillans Herrschaft ist zudem mit einem Rattenschwanz von Spio-

nageaffären belastet. Vorläufig letztes Kapitel ist der Fall *Philby*, der 1951 den englischen Diplomaten Maclean und Burgess, die in sowjetischem Dienst standen, den Wink zur Abreise hinter den Eisernen Vorhang gegeben hatte. Philby war dann jahrelang als Korrespondent englischer Wochenblätter in Beirut stationiert, offenbar mit Aufträgen der britischen Abwehr, bis er vor kurzem selbst hinter den Eisernen Vorhang verschwand, weil er anscheinend gleichzeitig im Dienste Moskaus stand.

Der schwerwiegendste Spionagefall wurde in Schweden aufgedeckt, wo der Fliegeroberst *Wennerström* während anderthalb Jahrzehnten den Sowjets wichtigstes Material über die schwedische Verteidigung, aber sehr wahrscheinlich auch über NATO-Dispositionen in Nordeuropa lieferte. Da er auch Militärrattaché in Washington gewesen war, befürchtet man, daß er auch um die Abwehrmaßnahmen in den USA und in Kanada Bescheid wußte und seine Informationen um teures Geld, das ihm sehr wichtig war, an die Sowjets verkaufte.

Auch die Bundesrepublik hat in diesen Wochen ihre Spionageaffäre: den Karlsruher Prozeß gegen Doppelagenten, die der Abwehrorganisation *Gehlen* angehört hatten. Diese Beamten in den Diensten Bonns, die einst hohe Ränge im Sicherheitsdienst des Dritten Reiches bekleideten, hatten sich aus Haß gegen Amerikaner und Briten gleichzeitig der sowjetischen Spionage verpflichtet. Die schlimme unbewältigte Vergangenheit wucherte im Verborgenen weiter, und staatliche Institutionen sind erneut in ein bedenkliches, das Ansehen der Bundesrepublik schädigendes Zwielicht geraten.

Picus

MOSKAU ZWISCHEN PEKING UND WASHINGTON

Während diese Zeilen geschrieben werden, spielen sich in Moskau merkwürdige Vorgänge ab. Im alten Spiridonowka-Palais finden in einer gelockerten, man möchte fast sagen, freundlichen Atmosphäre Verhandlungen zwischen der Sowjetunion, den USA und Großbritannien statt, die dem Verbot der nuklearen Versuche gelten. Parallel damit läuft in einem andern Teil der Stadt die letzte Phase des sowjetisch-chinesischen Gesprächs ab, das die Beilegung des Konfliktes einleiten sollte, stattdessen aber die Gegnerschaft verschärft und offenbar im Geist der schlimmsten Feindseligkeiten geführt wird. Die Diskrepanz in dem Fluidum, das die beiden Ereignisse beseelt, ist so verblüffend, daß man in der Geschichte der sowjetischen Außenpolitik vergeblich nachblättern würde, um einen Präzedenzfall zu finden.

Wahrscheinlich wird der 14. Juli 1963 von den künftigen Historikern des Weltkommunismus als ein schwarzer Sonntag und ein entscheidendes Datum für den Zerfall der kommunistischen Ideologie und der organisatorischen Kräfte dieses Gebildes geschildert. Schon jetzt, ohne jeglichen zeitlichen Abstand dazu, spürt man aus den frischen Zeilen der «Prawda» den heißen Atem eines großen historischen Ereignisses. Denn mit der in dem Hauptblatt der russischen Kommunisten veröffentlichten roten Enzyklika ist die chinesische Gegenkirche zum erstenmal direkt und massiv einer Ketzerei und eines Verrats an dem einzigen richtigen Glauben bezichtigt worden. Wir benutzen diesen Vergleich aus der Kirchengeschichte absichtlich und wollen selbstverständlich damit kein Gleichnis zwischen der Religion und dem marxistisch-leninistischen Pseudoglauben ziehen, aber es scheint uns, daß das wohl die treffendste Deutung für den Konflikt Moskau-Peking ist. Denn die Tragödie des Weltkommunismus beruht darin, daß die ihm zugrundeliegende Theorie nicht als eine rationell und praktisch-politische Idee aufkam und gestaltet wurde, sondern von Anfang an Züge einer Heilslehre annahm. Davor röhren die heutigen Haarspaltereien um

die Auslegung des Dogmas her, und das hindert Chruschtschew und Mao Tse-tung daran, noch eine Kompromißlösung zu finden. Indem sie einmal den Weg einer Symbiose zwischen dem Totalitarismus und dem Glauben betreten haben, gerieten sie automatisch in einen Teufelskreis, aus dem es kein Entrinnen gibt.

Davon zeugt deutlich die Erklärung der sowjetischen Partei vom 14. Juli 1963, in der zum erstenmal China unumwunden verdammt wird. Dadurch sind aber auch die noch immer nicht abgebrochenen sowjetisch-chinesischen Gespräche in Moskau sinn- und zwecklos geworden. Man kann nicht mehr erwarten, daß daraus noch etwas Vernünftiges resultieren kann, weil die Positionen, die von den höchsten Gremien, das heißt von den Zentralkomitees der beiden Parteien bezogenen Positionen, nur ein Rezept für die jeweilige gegnerische Seite vorschreibt: Kapitulation oder kompletter Bruch. Da die Kapitulation angesichts der qualitativen und quantitativen Größe der beiden Zentren des Kommunismus in Peking und in Moskau nicht in Frage kommt, ergibt sich die einzige logische Schlußfolgerung, nämlich der Zerfall in zwei feindliche Blöcke.

Beide Mächte usurpierten für sich das Alleinrecht auf die einzige richtige Auslegung des ideologischen Dogmas, und beide leiten davon unzählige Argumente ab, daß sie auch in den außenpolitischen Schachzügen und in den praktischen Schritten auf dem Gebiet der zwischenstaatlichen Beziehungen richtig handeln. Ein Zurück zu irgendeiner vernünftigen Lösung ist auch dadurch unmöglich geworden, daß inzwischen die fast 700 Millionen Chinesen und über 200 Millionen Sowjetbürger in diesen Konflikt hineingezogen wurden und an ihm teilnehmen müssen, ob sie wollen oder nicht, indem von ihnen Zustimmungsadressen, Unterschriften, öffentliche Reden zu Gunsten der jeweiligen Linie verlangt werden. Auch die in der Einflußzone der Großmachtpolitik Moskaus oder Pekings oder unter der ideologischen Kuratel der beiden Zentren wirkenden kom-

munistischen Parteien mußten schon seit längerer Zeit Stellung beziehen, und das wird demnächst noch eindeutiger verlangt. Damit zeichnen sich schon die großen Entwicklungslinien ab, nämlich daß der Zerfall des Weltkommunismus sich nach geographischen Räumen gestalten wird. Schon heute kontrolliert China, mit Ausnahme der mongolischen Partei, fast alle asiatischen kommunistischen Organisationen. Peking hat auch starken Einfluß in den kommunistisch orientierten Kreisen der Entwicklungsländer Afrikas und Lateinamerikas. Moskaus Domäne wird hauptsächlich die europäische kommunistische Bewegung bleiben, auf Grund der Präsenz der eigenen Macht in Ost- und Südosteuropa und auf Grund der Bindungen, die zwischen dem Kremlin und den Kommunisten Italiens und Frankreichs und anderer Länder bestehen. Das Vorhandensein des sowjetischen Brückenkopfes in der Mongolei und des chinesischen in Albanien bedeutet natürlich die Ausnahme von dieser Regel, aber diese Ausnahmen sind durch die besonderen historischen und taktischen Motive bei den Mongolen, die China fürchten, und bei den Albanern, die vor Jugoslawien Angst haben, begründet.

Quellen der Feindschaft

Dadurch, daß der Konflikt hauptsächlich unter Verwendung ideologischer Argumente geführt wird, kommen wichtige Elemente der sowjetisch-chinesischen Gegnerschaft nicht zum Vorschein. Denn man muß bedenken, daß die Konkurrenz um die Führungsrolle im Weltkommunismus zum großen Teil die Folge der historisch bedingten Ursachen ist. Die kurze und höchst konjunkturelle Freundschaft vermochte, wie sich jetzt mit frappierender Deutlichkeit zeigt, die alten Vorurteile, Ressentiments und Gegensätze nicht zu beseitigen, die in der Geschichte der russisch-chinesischen Beziehungen, in der Mentalität der beiden großen Nationen und in dem persönlichen Gegensatz zwischen den beiden heutigen Führern Pekings und Moskaus stecken. Auch wenn das heutige Rußland und das gegenwärtige

Reich der Mitte von kommunistischen Systemen und Ideen regiert werden, haben die historischen Erfahrungen und die darauf aufgeschichteten Belastungen gar nicht aufgehört, zu existieren. Seit 1689, als der erste Friedensvertrag zwischen Rußland und China über die Grenzen und Bedingungen des gegenseitigen Handels geschlossen wurden, weist die Geschichte der Beziehungen zwischen den beiden großen Nachbarländern einen sehr wechselvollen Verlauf auf. Noch im 18. Jahrhundert waren es die Chinesen, die die meisten Vorteile aus den verschiedenen Verträgen zogen. Aber im 19. Jahrhundert begann allmählich der Umschwung einzutreten, und es ist Rußland, das sich nach und nach bei den Abmachungen zunehmend einseitige territoriale und politische sowie wirtschaftliche Bereicherungen sicherte und damit selbstverständlich für die Entstehung der anti-russischen Ressentiments sorgte. Es sind vor allem die Ereignisse, die sich um die Jahrhundertwende in der Mandschurei abspielten, welche das negative Verhältnis zu den Russen formten.

Es kommen auch noch psychologische Belastungen hinzu, die sich aus den unterschiedlichen Kulturkreisen ergaben, zu denen Rußland und China gehörten, und die dazu beitrugen, daß zwischen den beiden Mächten eigentlich nie ein gegenseitiges Verständnis entstehen konnte, und daß zwischen der chinesischen und der russischen Mentalität eine Kluft herrscht. Auf diesem Substrat wuchsen dann neue Überwucherungen der Ressentiments, die sich vor allem bei den linksradikalen Kreisen der Chinesen bildeten, als diese ihre bitteren Erfahrungen mit der Politik Stalins machen mußten. Stalin erklärte apodiktisch im Jahre 1926, daß «der Austritt der chinesischen Kommunisten aus der Kuomintang gegenwärtig der größte Fehler» wäre. Dem fügte er noch hinzu, «daß der ganze Verlauf der chinesischen Revolution, ihr Charakter, ihre Perspektiven» beweisen würden, daß «die chinesischen Kommunisten in der Kuomintang verbleiben und dort ihre Arbeit verstärken müßten». Chinas Kommunisten haben sich in subordinierter Weise an diese Anweisung gehalten. Dafür mußten sie im Jahre 1927

einen furchtbaren Preis zahlen. Die bis dahin mit ihnen verbündeten nationalistischen Truppen haben auf Befehl Tschiang Kai-scheks ein Gemetzel unter den kommunistischen Kadern in Schanghai und in anderen Orten angerichtet. Die sowieso schwache kommunistische Partei Chinas wurde dezimiert, und es dauerte lange Zeit, bis sie unter Mao Tse-tung ihre Kräfte regenerieren konnte. Seit jenem Ereignis herrschte in den Beziehungen zwischen den kommunistischen Zentralen Rußlands und Chinas ein tiefes Ressentiment.

Auch nach dem Sieg der kommunistischen Revolution in China traten bald Rivalitäten darüber auf, wem die kolonialen Völker folgen sollten: Rußland oder China? Liu Schao-tschi, der zweite Mann in der kommunistischen Hierarchie Chinas, erklärte bereits Anfang 1950, daß der «Weg, den das chinesische Volk wählte, der Weg ist, den die Völker vieler kolonialer und halb-kolonialer Länder im Kampf um die nationale Unabhängigkeit und Volksdemokratie schreiten sollen.» Das wurde in Moskau nicht akzeptiert. So erklärte der für den Fernen Osten zuständige sowjetische Parteihistoriker Jewgenij Schukow 1952: «Es wäre gefährlich, in der chinesischen Revolution eine Art Vorbild der volksdemokratischen Revolution in anderen asiatischen Ländern zu sehen.» Zwar machte Chruschtschew den Chinesen erhebliche Zugeständnisse, indem er auf die Vorteile Stalins verzichtete, die sich dieser im Vertrag vom Jahre 1950 sicherte, aber er machte den fundamentalen Fehler, daß er in der Stunde der Gefahr, in der sich Moskau im revolutionären Jahr 1956 befand, den Chinesen das Mитspracherecht in den europäischen Angelegenheiten gewährte und dadurch die Geister rief, die er nun nicht mehr bändigen kann.

Folgen und Erwartungen

Natürlich lassen sich die Erwartungen oder Regungen, die am Rande des russisch-chinesischen Gegensatzes in den verschiedenen Erdteilen zum Vorschein kommen, nicht unter einen Hut bringen, denn die daran ge-

knüpften Hoffnungen sind jeweils sehr differenziert. In den Kreisen der meisten kommunistischen Parteien, die den Konflikt vorwiegend unter dem Gesichtspunkt der gemeinsamen Interessen des Weltkommunismus betrachten, das heißt im Milieu der gehobenen Parteifunktionäre, herrscht die beklemmende Furcht, daß dadurch die Kraft der kommunistischen Ideologie geschwächt wird und die in diesen Parteien steckende Energie durch den inneren Zwist verzehrt wird. Das gilt vor allem für die Parteien, die keine Staatsmacht vertreten und folglich damit rechnen müssen, daß die Kontroverse zwischen Moskau und Peking ihre Anhängerschaft in die Periode der fortwährenden Fraktionskämpfe verwickeln wird, was wiederum den Klassenkampf in den kapitalistischen Ländern schwächen muß. Etwas anders sieht dieses Problem für die kommunistischen Regime in den Satellitenstaaten aus, von denen jedes auf seine Weise die Schlußfolgerungen zieht, und zwar unter dem Aspekt, wie sich der Kampf zwischen Moskau und Peking auf die Stabilität der eigenen Macht auswirken kann. Manche Parteiführer, wie zum Beispiel Gomulka in Polen, versuchen möglichst neutral zu bleiben, andere, wie Gheorghiu-Dej in Rumänien, nützen bereits den Konflikt zur Betonung ihrer partikularen Interessen aus, und solche wie Ulbricht, die sich in einer schwierigen Situation befinden, müssen, entgegen ihren heimlichen Wünschen, die Partei Moskaus ergreifen. Für die radikal gesinnten herrschenden Gruppen in den Entwicklungsländern von Kuba bis Ghana und Indonesien, ergibt sich im Zusammenhang damit ein schlimmes Dilemma, und sie pendeln hin und her, ohne einen festen Kurs zu finden. Lediglich Fidel Castro hat sich recht deutlich zu Gunsten Chruschtschews festgelegt, aber man hört, daß in Havanna ein starker pro-chinesischer Flügel am Werke ist, von dem man noch manche Überraschungen erleben kann. Auch für die westlichen Politiker birgt natürlich dieses weltpolitische Ereignis Chancen und Verlockungen, die bei leichtfertigen oder abrupten Schlußfolgerungen zu genau so bedauernden Fehlentscheidungen führen könnten, wie andererseits unüberdachte und

plötzliche Offensiven, die die eine oder andere kommunistische Großmacht zu Kurzschlußhandlungen veranlassen könnten, im gegenwärtigen Zeitpunkt fehl am Platze wären. In der sowjetischen Diplomatie des Lächelns, mit der sie das Weiße Haus umwirbt, steckt die hinterlistige Absicht, aus der Situation des für sie prekären Zweifronten-

krieges das Beste herauszuholen. Der Kreml möchte den Westen und insbesondere die USA zu einseitigen Konzessionen bewegen. Es wäre verheerend, wenn die amerikanische Regierung diesen Lockungen nachgeben würde.

Alexander Korab

INNENPOLITISCHE RUNDSCHAU

Zweifelhafte Tugendwächter

Während der Rest der Welt sein Tagewerk so gut als möglich bewältigt und sich dabei der Unzulänglichkeit des Menschen bewußt ist, marschieren die Bolschewisten zielsicher in die rote Zukunft, fest überzeugt, die absolute Wahrheit gepachtet zu haben und unmittelbar mit dem Fortschritt der Geschichte synchronisiert zu sein. Sie sitzen auf dem Thron der Selbstgerechten und halten Weltgericht. Hin und wieder gerät dabei auch unser Land unter den Bannstrahl Moskaus. In der zweiten Juliwoche zum Beispiel sah sich die Zeitung *Iswestija* veranlaßt, uns Hirtenknaben wieder einmal auf die Finger zu klopfen. Äußerungen eines Bundesrates und einer Tageszeitung zur Frage der Atombewaffnung unserer Armee wurden zum Anlaß genommen, der Schweiz in Erinnerung zu rufen, was es mit der Neutralität auf sich habe.

Nun wird man von einer Macht, welche es fertig gebracht hat, ihre Satellitenstaaten mit großen russischen Stützpunkten und entsprechenden Beständen der Roten Armee auszustatten und sie gleichzeitig auf dem internationalen Parkett als «Neutrale» auftreten und in Waffenstillstandskommissionen einzuladen zu lassen, keine Neutralitätstheoretischen Offenbarungen erwarten dürfen. Die Versuchung ist groß, dergleichen Anrempelungen mit Stillschweigen zu übersehen. Es ist aber doch wohl unumgänglich, auf sie

einzuzechen und unsren Standpunkt auch jenen immer von neuem darzulegen, die infolge ihrer besonderen geistigen und politischen Optik nur noch «parteilich» zu denken und zu argumentieren imstande sind — in der Hoffnung, daß vielleicht trotz allem hin und wieder «etwas hängen bleibe».

Im Falle der Rüstungspolitik drängt sich dies um so eher auf, als der enge Zusammenhang zwischen schweizerischer Neutralitätspolitik und Landesverteidigung auch uns durchaus wohlgesinnten Ausländern nicht immer ganz klar ist. Neutralität bedeutet im völkerrechtlichen Sinn Bündnislosigkeit im Frieden und Nichteinmischung in die Konflikte von Drittstaaten im Krieg. Die geschichtliche Erfahrung hat nun aber gelehrt, daß die Proklamation dieser außenpolitischen Maxime allein nicht genügt, um die Unabhängigkeit zu bewahren. Wer bündnisfrei sein will, muß der Umwelt zugleich deutlich zeigen, daß er auch wirklich selbst für sich sorgen kann und will. Er muß also ein Verteidigungspotential aufweisen, das seine Verteidigungsbereitschaft glaubwürdig macht.

Dieser Tatbestand ist dem Schweizervolk klar bewußt. Wenn es die beiden Atominitiativen eindeutig ablehnen schickte, so geschah dies aus der Überlegung heraus, daß gerade der neutrale Kleinstaat sich niemals zum vornehmerein die Hände binden lassen dürfe. «Unsere Soldaten sollen wie bisher im Bewußtsein an die Grenze gehen können, gut

bewaffnet zu sein» — so überlegten ungezählte Bürger, als sie ihr Nein in die Urne legten. Darum käme es einer Pflichtversäumnis gleich, wenn unsere Landesväter die weitere Entwicklung auf waffentechnischem Gebiet nicht aufs sorgfältigste im Auge behalten und alle Eventualitäten laufend durch ihre Experten analysieren lassen würden. Die beste Garantie gegen eine künftige Ausrüstung der Schweizerarmee durch Atomwaffen läge im übrigen darin, daß die Sowjetunion möglichst bald Hand zu einer vertrauenswürdigen kontrollierten Abrüstung bieten würde...

Wo soll das enden?

Wenn sich die Welt auch langsam daran gewöhnt hat, daß die Schweizer in ihrer großen Mehrzahl keine jodelnde und fahnenschwingende Hirtenknaben mehr sind, so fühlen wir uns selbst doch nach wie vor als ein Volk vorwiegend bäuerlicher Herkunft. Der Bund, dessen Gründung wir in diesen Tagen feiern, war ein Bund von freiheitsdurstigen Bauern. Unsere Freiheitstradition leitet sich von ihrem stolzen Willen zur Unabhängigkeit her. Und die Landbevölkerung gilt auch heute noch als besonderer Kraftquell des Landes. So kommt es, daß ihre Anliegen beim Souverän immer wieder auf erstaunlich viel Verständnis stoßen, obwohl der Bauernstand eine rasch dahinschwindende Minorität darstellt. Das ändert indessen nicht viel daran, daß er durch bestimmte Begleiterscheinungen der Hochkonjunktur in außerordentlichem Maße gefährdet wird. Da ein Bauernbetrieb aus naheliegenden Gründen selbst dann nicht unbegrenzt weiter mechanisiert oder gar automatisiert werden könnte, wenn die entsprechenden Investitionen nach ökonomischen Gesichtspunkten zu verantworten wären, leidet die Landwirtschaft besonders stark unter dem Mangel an Arbeitskräften. Wer geht außerdem noch gern und ohne neidische Seitenblicke an sechs oder sieben Tagen und vielfach noch nach Feierabend seinen beruflichen Pflichten nach, wenn andernorts bei besserer Bezahlung die Fünftagewoche winkt! Die Vor-

züge bäuerlicher Lebensweise und die ideellen Gesichtspunkte verlieren eben doch rasch an Gewicht, wenn das Gefälle zu andern Berufen zu groß wird.

Für die Beweisführung fehlt es nicht an eindrücklichen Belegen. So suchte in diesem Jahr ein gut eingerichteter Betrieb in der weitern Umgebung von Zürich einen jungen Burschen zur Mithilfe. Hoher Anfangslohn und verschiedene besondere Vorteile wurden geboten. Das entsprechende Inserat erschien in 32 Ausgaben in- und ausländischer Zeitungen. Die Kosten betrugen rund 750 Franken. Der Erfolg war gleich null. Kann man sich da noch wundern, wenn sich in den Liegenschaftsanzeigern die Angebote von Bauernbetrieben häufen? Dabei werden diese Betriebe für Bauernsöhne, welche auf eine Kaufgelegenheit passen, erst noch unerschwinglich, weil sie mehr und mehr in die allgemeine Entwicklung des Bodenpreises hineingerissen werden. Im Mittel beträgt der Kaufpreis heute mindestens 165 Prozent des Ertragswertes.

Wo soll das enden? Dabei ist der Fall der Landwirtschaft nur besonders akzentuiert, weil es hier kaum möglich ist, den Betrieb «wegen Personalmangel» teilweise stillzulegen, wie dies in vielen personalintensiven Berufszweigen bereits zur Tagesordnung gehört. Die Engpässe mehren sich beängstigend. Mehrt sich auch die wirtschaftspolitische Einsicht und die Disziplin des Einzelnen? Und genügt das noch? Die Frage stellt sich um so dringender, als staatliche Interventionen im allgemeinen nur eine Verlagerung und Übertünchung der Problematik mit sich bringen.

Die «Spitze»

Im letzten Herbst untersuchten die Kantone Zürich, Aargau, Luzern und Zug in einer 24stündigen Gemeinschaftsaktion den Verschmutzungsgrad der Reuß und der Lorze. Die 2872 Wasserproben ergaben ein erschreckendes Bild. Das Baden ist in beiden Flüssen gesundheitsschädlich geworden. Das Wasser kann teilweise nicht einmal mehr für industrielle Zwecke ohne Aufbereitung ver-

wendet werden. Stauungen lassen sich nicht mehr verantworten, weil sonst das Grundwasser ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen wird. Wenn in der Lorze noch 1948/49 700 kg Fische pro Hektare gefangen wurden, so sind es heute noch 20 kg, weil die Verschmutzung auch in dieser Hinsicht verheerend wirkt. Es soll noch fünf Jahre dauern, bis die wichtigsten Kläranlagen gebaut sein werden. In andern Gebieten wird es kaum besser sein. Fast täglich liest man von großen Fischsterben infolge von Unvorsichtigkeiten und Fehlleistungen irgendwelcher Betriebe. Das Wasser ist offensichtlich durch die «ordentliche» Verschmutzung so sehr verdorben, daß oft relativ bescheidene zusätzliche Vergiftungen zur Katastrophe führen müssen.

Dieser Tatbestand ist vielleicht einer der Gründe für die milde richterliche Beurteilung fahrlässiger Verschmutzungen. In der «Schweizerischen Juristenzeitung» (Nr. 10/1963) ist kürzlich ein Aufsatz von Dr. Heinz Aeppli über «Gewässerschutz mit Mitteln des Strafrechts» erschienen. Darin wird auf ein Urteil von 1948 verwiesen, in dem eine Winterthurer Fabrik zu einer Buße von 400 Franken verknurrt wurde, weil sie 26 000 Liter Zynanidabwasser in die Eulach fließen ließ, wodurch rund 10 000 Fische getötet und «möglicherweise sogar Menschen gefährdet» wurden. Die betreffenden Gesetze waren also für die modernen Verhältnisse offensichtlich ungenügend. Für einen kommerziellen Betrieb war eine solche Buße «wirtschaftlicher» als die Erstellung entsprechender technischer Kläreinrichtungen. 1953 wurde deshalb vom Volk ein neuer Bundesverfassungsartikel angenommen, auf dessen Grundlage 1957 das «Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung» in Kraft gesetzt wurde. Es sieht Bußen bis zu 20 000 Franken vor. Bei nachgewiesener Gewinnsucht ist der Richter an keinen Höchstbetrag gebunden.

Wer nun glaubt, daß damit ein schärferes Durchgreifen gewährleistet sei, der sah sich aber in der Folge getäuscht. Die Praxis im Kanton Zürich zeigt, daß der Rahmen keineswegs ausgenützt wird. Verschmutzungen sind ungeachtet der verheerenden Folgen

nur «Übertretungen». 1962 wurde nur eine einzige Buße von 1000 Franken verhängt. Alle andern bewegten sich zwischen 20 und 100 Franken, bei einer deutlichen Spur von 50 Franken, wie das zum Beispiel schon 1952, also unter dem alten Gesetz, der Fall war.

Auch hier muß man fragen: Wohin soll das führen? Gewiß wird man sich davor hüten müssen, im Zeichen eines schwer genau definierbaren «öffentlichen Wohls» und unter dem wachsenden Druck der Öffentlichkeit die herkömmliche richterliche Praxis zu schroff zu ändern. Unsere Gerichte werden aber sicherlich nicht ungebührlich überfordert, wenn man in einer Frage der kraß gefährdeten Volksgesundheit von ihnen erwartet, daß sie die gesetzlichen Möglichkeiten voll ausnützen.

In eigener Sache

Der Chronist sah sich in den letzten Monaten immer wieder veranlaßt, auf solche Fragen hinzuweisen. Man könnte ihm nicht ganz ohne Grund eine betont kritisch-pessimistische Note zum Vorwurf machen. Die Nachteile der technischen und wirtschaftlichen Entwicklungen kommen in diesen Spalten viel häufiger zur Sprache als die positiven Züge unseres Zeitalters. Das bedeutet nicht, daß sie der Chronist nicht sieht. Er möchte sich sogar ausdrücklich von den professionellen Schwarzmalern unter den Kulturkritikern abheben. Da aber jene positiven Züge meist deutlich für sich sprechen, und da es anderseits in unserem ökonomischen Zeitalter immer wieder gewisse toten Winkel gibt, die vom allgemeinen Fortschritt unbefruchtet bleiben oder sogar negativ beeinflußt werden, ist es erste Pflicht dessen, was man öffentliche Meinung nennt, sich dieser Probleme anzunehmen. Wenn der Chronist — um ein aktuelles Beispiel aufzugreifen — der Meinung ist, daß der Nationalstraßenbau da und dort merkwürdigste Blüten einer unbedachten Planung treibt, so heißt dies nicht, daß damit zugleich die Notwendigkeit einer großzügigen Verkehrssanierung in Frage gestellt werde. Es geht lediglich darum, die Proportionen zu wahren und wirklich opti-

male Lösungen anzustreben. Das scheint beim Nationalstraßenbau im Raum des Bielersees noch nicht erreicht zu sein. Oder ist es vielleicht wirklich sinnvoll, die Straße unter riesigem Aufwand am steilen linken Ufer anzulegen, wodurch nicht nur gewaltige Kunstbauten notwendig, sondern auch die malerischen Weindörfer vollkommen vom nahen Seeufer abgetrennt werden?

Ehrenmeldung

Wenn immer wieder vom materialistischen Geist unserer Zeit die Rede ist, so ist es um so beglückender, wenn man hin und wieder auf besonders deutliche Zeichen einer anderen Denkart stößt. Vor einiger Zeit konnte in diesen Spalten auf die Kulturstiftung von Appenzell AR verwiesen werden. Sie wurde aus Anlaß der Jahrhundertfeier des Beitritts zur Eidgenossenschaft ins Leben gerufen und hat den Zweck, die appenzellische Kulturlandschaft im weitesten Sinn zu erhalten.

Nun trat sie kürzlich erstmals in einem eindrücklichen Fall in Aktion. Eine besonders erhaltenswerte bäuerliche Liegenschaft sollte verkauft werden. Für einen Bruchteil des Gutes wurden zu Bauzwecken 50 000 Franken geboten. Der Besitzer trat aber schließlich auf das Angebot der Stiftung ein (70 000 Franken für die ganze Liegenschaft, dazu eine relativ bescheidene Summe für ein generelles Bauverbot). Der Bauer verdient eine Ehrenmeldung. Es ist keine Selbstverständlichkeit mehr, daß jemand um ideeller Zwecke willen ein kleines Vermögen ausschlägt. Das Beispiel zeigt aber auch die große Bedeutung solcher Stiftungen. Ihr unschätzbarer Vorteil liegt darin, daß sie bei Bedarf ohne langwierige parlamentarische und andere Vorbereitungen sofort zum Eingreifen bereit sind. Man kann nur hoffen, daß das Beispiel des kleinen Kantons am Fuße des Alpsteins Schule machen wird.

Spectator